

Sessionsrückblick Oktober 2026 – Grosser Rat Graubünden

von Grossrat Christian Morf, Fürstenu

Die SVP setzt sich für weniger Regulierung, faire Rahmenbedingungen und eine starke Bündner Wirtschaft ein

Die Oktobersession des Grossen Rates war geprägt von wichtigen Weichenstellungen für Graubünden. Die SVP setzte sich für verhältnismässige Gesetze, den Schutz der einheimischen Bevölkerung vor zusätzlichen Belastungen und den Erhalt der regionalen Wertschöpfung ein. Auch wenn wir nicht in allen Geschäften Mehrheiten erzielen konnten, vertraten wir unsere Positionen konsequent und mit Überzeugung.

Gesetz gegen häusliche Gewalt: Kein neues Gesetz um jeden Preis

Die SVP-Fraktion lehnte das neue Gesetz gegen häusliche Gewalt geschlossen ab. Die SVP Grossräte Reto Rauch, Stefan Metger und Nicola Stocker machten deutlich, dass der Schutz vor häuslicher Gewalt bereits heute im Polizeigesetz und im Strafgesetzbuch verankert ist. Zudem verfügt Graubünden neu über ein Bedrohungsmanagement.

Aus Sicht der SVP braucht es deshalb kein zusätzliches Gesetz, das weitere Regulierungen schafft, ohne dass ein konkreter Mehrwert ausreichend aufgezeigt wurde. Statt immer neue Gesetze zu erlassen, sollten die bestehenden Instrumente konsequent angewendet und weiterentwickelt werden.

Regierungsrat Caduff hielt dagegen, dass das geltende Recht noch Lücken aufweise und ein neues Gesetz deshalb notwendig sei.

Auch der Antrag der Kommissionsminderheit, die Nationalität statistisch zu erfassen, fand keine Mehrheit. Er wurde mit einer Differenz von lediglich drei Stimmen abgelehnt.

Schliesslich nahm der Grosse Rat das Gesetz gegen häusliche Gewalt an. Die SVP blieb als einzige Fraktion bei ihrer ablehnenden Haltung. Für uns gilt weiterhin: Der Schutz der Bevölkerung ist wichtig. Neue Gesetze müssen jedoch einen klaren Nutzen bringen und dürfen nicht zum Selbstzweck werden.

Autoverlad Vereina: Preisreduktionen prüfen – aber die Folgen im Blick behalten

Der Grosse Rat überwies den Auftrag Kienz und beauftragte die Regierung damit, Preisreduktionen für Fahrten durch den Autoverlad Vereina zu prüfen. Der Entscheid fiel mit 65 Ja- zu 42 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Die SVP und die Mitte stimmten dafür, während FDP und SP mehrheitlich sowie GLP und Grüne klar dagegenstimmten. Und auch die Grossräte Fadri Felix Duosch (FDP, Scuol), Reto Rauch (SVP, Sent), Riet Denoth (SVP, Zernez) und Thomas Dal Ponte (SVP,

Seewis) sprachen sich unter anderem für eine Gleichbehandlung aus. Letzterer setzte sich zudem für einen Einheimischentarif für alle Bündnerinnen und Bündner ein.

Grossrat Morf warnte in der Debatte vor den möglichen Folgen bei einer Übernahme der EU-Unterwerfungsverträge. Eine automatische Übernahme entsprechender EU-Regeln könnte den Spielraum für Vergünstigungen einschränken, die an den Wohnsitz geknüpft sind. Betroffen wären nicht nur der Autoverlad, sondern möglicherweise auch weitere Angebote wie Skipässe, Bergbahnen oder Schwimmbäder.

Für Graubünden ist diese Frage von besonderer Bedeutung. Unsere Bevölkerung finanziert mit ihren Steuern einen wesentlichen Teil der öffentlichen Infrastruktur und der regionalen Angebote. Es muss deshalb auch künftig möglich sein, die einheimische Bevölkerung gezielt zu entlasten und regional verankerte Vergünstigungen zu erhalten.

Für die SVP ist klar: Die Interessen der Bündner Bevölkerung müssen bei der Ausgestaltung der Verkehrspolitik und bei internationalen Abkommen angemessen berücksichtigt werden.

Misoxer Mafia-Fälle: Die Regierung muss handeln

Die Aufarbeitung der Mafia-Fälle im Misox bleibt ein wichtiges Thema. Zwar plant die Kantonspolizei ab 2028 eine neue Fach- und Anlaufstelle zur Bekämpfung der Mafia. Dem Grossen Rat reichen diese Ankündigungen jedoch nicht aus.

Die Regierung hatte im August erklärt, dass entsprechende Verfahren bereits bestünden, die Kontrollmöglichkeiten ausgeschöpft würden und sich die vorhandenen Mechanismen bewährt hätten. Deshalb beantragte sie, die ersten beiden Punkte des Auftrags abzuschreiben. Der Grosse Rat lehnte diesen Antrag deutlich ab.

Die SVP-Grossrätin Gabriela Menghini-Inauen unterstrich in der Debatte die Bedeutung eines konsequenten Vorgehens: «Wir sollten unseren Handlungsspielraum nicht vorsorglich aufgeben.»

Damit ist klar: Die Regierung muss die geforderten Massnahmen weiterbearbeiten. Die Überweisung schafft zwar nicht automatisch neue Befugnisse, stellt aber sicher, dass die bestehenden Forderungen nicht einfach vom Tisch verschwinden.

Anschliessend überwies der Grosse Rat den ursprünglichen Auftrag einstimmig mit 111 Ja-Stimmen. Alle vier Forderungen bleiben damit bestehen.

Die SVP erwartet, dass die Regierung ihren Handlungsspielraum konsequent nutzt und wirksame Massnahmen gegen organisierte Kriminalität vorantreibt. Die Sicherheit der Bevölkerung und das Vertrauen in unsere Institutionen müssen gewährleistet bleiben.

Wasserkraft: Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Graubünden sichern

Bei der Wasserkraft setzte die SVP ein klares Zeichen für den Wirtschaftsstandort Graubünden. Als einzige Fraktion unterstützte sie an der Oktobersession den Auftrag Gort. Dieser verlangt Klarheit darüber, wie bei den anstehenden Heimfällen die Wertschöpfung, das Know-how und die Arbeitsplätze im Kanton gesichert werden können.

Für die SVP ist entscheidend, dass die wirtschaftlichen Chancen der Bündner Wasserkraft möglichst weitgehend unserem Kanton zugutekommen. Bereits 2022 hat der Grosse Rat entsprechende Grundsätze beschlossen: Unternehmen mit einem bedeutenden Bezug zu Graubünden sollen bei Partnerschaften bevorzugt werden. Gleichzeitig sollen dezentrale und qualifizierte Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden.

Die anstehenden Heimfälle bieten Graubünden eine einmalige Chance, die eigene wirtschaftliche Zukunft aktiv mitzugestalten. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben. Die Wasserkraft ist nicht nur für die Energieversorgung von zentraler Bedeutung, sondern auch für Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die langfristige Entwicklung unseres Kantons.

Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass diese Anliegen konsequent in die Wasserkraftstrategie einfließen – auch dann, wenn sie mit ihrer Position allein dasteht.

Es geht nicht um Parteipolitik, sondern um die Zukunft unseres Kantons. Die Wertschöpfung aus der Bündner Wasserkraft soll möglichst weitgehend in Graubünden bleiben und unserer Bevölkerung zugutekommen.

Fazit: Konsequente Politik für Graubünden

Die Oktobersession hat einmal mehr gezeigt, wofür sich die SVP Graubünden einsetzt: für einen massvollen Umgang mit staatlichen Regulierungen, für die Interessen der einheimischen Bevölkerung, für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sowie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Kanton.

Nicht jeder Vorstoss fand eine Mehrheit. Dennoch ist es unsere Aufgabe, unbequeme Fragen zu stellen, auf mögliche Fehlentwicklungen hinzuweisen und die Interessen unserer Bevölkerung konsequent zu vertreten.

Die SVP Graubünden bleibt dran – für weniger unnötige Regulierung, mehr Sicherheit und eine starke Bündner Wirtschaft.

Grossrat Christian Morf, Fürstenu